

PROGRAMM X DIE AUTOBIOGRAPHIE
IN NEUER
ÜBERSETZUNG
ERSCHIENEN BEI
AGIPA-PRESS
& HARALD-KATER-
VERLAG

450 S. 29,80 DM
IM BUCHHANDEL

ISBN 3-926529-06-7 AGIPA-PRESS
Eichenbergen Str. 9
2800 Bremen 1

ISBN 3-927170-04-6 HARALD-KATER-VERLAG
Görlitzer Str. 39
1000 Berlin 36

Bildungsurlaub politische Reisen

Ehemalige Sowjetunion – neue Republiken:

- Petersburg – Murmansk 16.-23.08.92
- Baltikum 12.09.-26.09.92
- St. Petersburg 04.-11.10.92
- Sibirien-Mittelasien 04.10.-18.10.92
- Moskau 11.-18.10.92

Spanien

- Andalusien und die „neue Welt“
17.10.-01.11.92
- Barcelona – nach der Olympiade
03.10.-11.10.92

Amerika

- Canada – Öko- und Ethnologisches
06.09.-20.09.92
- USA – was gab's da vorher?
13.09.-27.09.92
- Honduras – Entwicklungen in der
„dritten Welt“ 01.11.-15.11.92
- Cuba – wo steht die Revolution?
15.11.-29.11.92

Auslandssprachkurse, verschiedene Termine



**Verein für
arbeitsorientierte
Erwachsenenbildung**

Eichendorffstr. 1, 6000 Frankfurt a.M.
Telefon: 069/560 41 62

Wir schenken Ihnen
Reinen Wein
ein
Trockene Rieslingweine
aus den besten Südlagen des COCHEMER
MOSEL KRAMPENS, in ökologisch verant-
wortbarer Weise angebaut. Ohne Kel-
lerchemie in Eichenfässern gelagert, nach
einfähriger Reifung in Flaschen gefüllt.
Eine Weinprobe (6 Flaschen) senden wir
Ihnen gerne für DM 59,- frei Haus zu
Steillagenweinbau Lönartz-Zimmer
Weingartenstr. 15, 5591 Ernst Mosel
Telefon 02671 5184 (8345)

Von konkret

Der »Spiegel« hat sich seit der deutschen Wiedervereinigung mit antisemitischen und deutschnationalen Titelgeschichten und Kommentaren seines Herausgebers die Bezeichnung »Deutschlandmagazin« ehrlich verdient. Otto Köhler zeigte in KONKRET 5/92 (»Offizielle Mitarbeiter«), daß diese Entwicklung des Blattes nicht völlig neu ist, sondern eine Rückkehr zum »Spiegel« der 50er Jahre darstellt, in dem Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) der SS Angehörige des Sicherheitsdienstes der SS rechtfertigten und im übrigen Ressortleiter wurden, und in dem unter der Überschrift »Merkt Euch den Namen Hirschfeld« Adresse, Telefonnummer und Kfz-Kennzeichen eines Kriegsverbrecher-Jägers zur weiteren Verwendung bekanntgegeben wurden.

Köhlers Bericht über die ersten Jahre des »Spiegel« – er fiel in die Hochzeit der Stasi-Jagd – stieß in der Öffentlichkeit auf ein ähnliches Desinteresse wie die kurz zuvor an entlegener Stelle enthüllte Verbindung zwischen Rudolf Augstein und dem Goebbels-Pressesprecher von Oven, der 1950 mit einem vom »Spiegel«-Herausgeber unterzeichneten Presseausweis nach Argentinien »umziehen« konnte. So hat es der »Spiegel« zunächst bei einem »Kein Kommentar« belassen. In der »Weltbühne« Nr. 27 vom 30. Juni '92 ist nachzulesen, was der Augstein-Referent Wolfgang Eisermann dem Journalisten Roland Müller dann doch sagen durfte. Die Nonchalance, mit der Eisermann die von Köhler berichteten Sachverhalte nicht bestreitet, belegt einmal mehr die Regression des »Spiegel« zum »Deutschlandmagazin«:

»Was wußte ein normaler Deutscher und auch der 'Spiegel' 1950 schon über den SD... Die Aufklärung ist ja erst später gekommen.« Jedenfalls fand sie in den 50er Jahren nicht im »Spiegel« statt, und daß dessen Redakteure etwa Eugen Kogons 1946 erschienenen »SS-Staat« kennen sollten, war offensichtlich zuviel verlangt. »Außer daß sie (Georg Wolff, Auslandsressortleiter und Horst Mahnke, Leiter des Ressorts Internationales) Mitglied der Geheimpolizei oder irgendwas gewesen sind, ist denen ja nichts weiter vorgeworfen worden, sonst wären sie verurteilt worden.« Eben: Mitglied des NS-Sicherheitsdienstes gewesen und nicht dafür verurteilt worden zu sein, brachte einen in den 50ern nicht aufs Titelbild, sondern in die Redak-

tion des »Spiegel«. Denn: »Irgendwo mußten die Leute ja herkommen... Jeder Mensch, der 45 – 50 in einem gewissen Alter war, hatte eine Vergangenheit – andere gab es nicht«, und man war auch schnell dazu bereit, den Zusammenhang zwischen der Vergangenheit der Leute »in einem gewissen Alter« und der Tatsache, daß es »andere nicht gab«, zu vergessen.

Weiteres zum »Spiegel« von heute berichtet Otto Köhler in diesem Heft, S. 42.

Das Gespräch mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Tauber in KONKRET 6/92 war gedacht als Einstieg in eine Diskussion über die Geschichte der RAF und die Bedingungen linksradikaler Opposition im neuen Deutschland. Eingeladen zu dieser Diskussion wurden alle politischen Gefangenen in der BRD und einige KONKRET-Autoren. Die Bei-

träge, die bisher eingegangen sind, werden in diesem Heft abgedruckt (»Gefährliche Gegenden«, S. 26). Geantwortet haben: ein Gefangener aus der RAF (Lutz Tauber), ein ehemaliges Mitglied der RAF, das sich von ihr losgesagt hat, ohne zum Verräter zu werden (Klaus Jünschke), und ein KONKRET-Autor (Georg Fülberth) – eine in gewisser Weise zwar repräsentative Kombination, aber weniger, als wir erwarteten. Begründet ist die magere Beteiligung an der doch so nachdrücklich geforderten Debatte wohl unter anderem in jener Haltung, die Klaus Jünschke veranlaßt hat, das KONKRET-Gespräch ein »abgehobenes weltrevolutionäres Kolloquium« zu nennen: das Bestreben der Sympathisanten der RAF wie ihrer Feinde, die RAF stets zum individuellen, psychologischen und moralischen Problem zurechtzustutzen, auf das – je nachdem – mit dem Gestus der Verehrung, der Verteufelung oder der sozialpädagogischen Fürsorge reagiert werden konnte. In ihm verschwand die politisch-theoretische Frage, ob denn die Analyse der RAF zutreffend und ihre Strategie geeignet gewesen sei, den selbstgesetzten Zweck zu erfüllen. Georg Fülberth setzt sich in diesem Heft mit dieser Frage auseinander.

Der Kirchenkritiker Karlheinz

Deschner ist Autor und Sprecher einer Fernseh-Sendereihe über die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert. »Mit Gott und den Faschisten« wird von Kanal 4 auf den Frequenzen von RTLplus einmal im Monat ausgestrahlt und von KONKRET in regelmäßiger Folge nachgedruckt. In diesem Heft erscheint die am 12. Juli gesendete erste Folge (S. 37). Die weiteren Sendetermine: Sonntag, 9. August; Sonntag, 13. September; Sonntag, 11. Oktober; Sonntag, 8. November und Sonntag, 13. Dezember – jeweils um 24 Uhr auf RTLplus.

Während in der ehemaligen DDR

ihr Rechtsnachfolger BRD die – staatlichen – Gedenkstätten der Geschichte der Arbeiterbewegung aus politischen Gründen schleift, soll das Schicksal der – privaten – Hamburger Gedenkstätte Ernst Thälmann der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen werden. Nachdem im Besitz des Thälmann-Hauses, in dem die Gedenkstätte eine Ausstellung, eine Bibliothek und ein Archiv zur Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung unterhält, ein Wechsel eingetreten ist, benötigt die Gedenkstätte nun 150.000 Mark, um einen langfristigen Mietvertrag abschließen zu können. Steuerabzugsfähige Spenden werden erbeten auf die Konten des Kuratoriums »Gedenkstätte Ernst Thälmann« e.V., Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, BLZ 200 101 11, Konto 1 180 328 700 oder Post giroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 1337-204.

Gefährliche Gegenden

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Er-

klärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Klaus Jünschke

Weil's die Polizei erlaubt?

che und Briefe – das werden Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer erfahren, wenn sie draußen sind.

Es ist von Hermann L. Gremliza unglaublich überheblich und ignorant, das, was die Gefangenen sagen, als »Regression« zu fassen. Da braucht man nicht mal etwas von Psychoanalyse zu verstehen. Tatsächlich haben sich die Gefangenen etwas über all die Jahre bewahrt, was den meisten ihrer Generation draußen verlorengegangen ist – die Bereitschaft, sich für eine Sache, für die Emanzipation aller Menschen zu engagieren. Weil sie daran festgehalten haben, haben sie sich auch entwickelt. Oder haben die Interviewer vergessen, wie wir uns in den 70er Jahren mit anderen Linken auseinandergesetzt haben? Gab es damals Gefangene der RAF, die öffentlich die Richtigkeit der eigenen Politik reflektierten? Warum kann man jetzt mit Gefangenen aus der RAF diskutieren, ohne befürchten zu müssen, bei gewissen Fragen als »Schwein« oder »Ratte« niedergemacht zu werden? Weil's die Polizei erlaubt?

Warum wurde das Gespräch nicht mit der Geschichte der Sprachlosigkeit und der Unfähigkeit zu produktivem Streit in den Reihen der Linken eröffnet? Wie haben wir, die Gefangenen aus der RAF, Karl Heinz Roth behandelt, als er sich vor Gericht verteidigte? Wie haben wir Peter Brückner beleidigt und viele andere und warum? Wie sind wir miteinander umgegangen? Alles vergessen? Warum hielten es die KONKRET-Redakteure vor Jahren für nötig, ihre Zeitschrift mit dem Titel »Die Vergessenen« (gemeint sind die Gefangenen) aufzumachen (KONKRET 2/84)?

Warum hatten viele Linke draußen die Gefangenen »vergessen«?

Daß es nicht zu einer breiten Bewegung gegen die Isolationshaft in den 70er Jahren kam, hatten wir, die Gefangenen aus der RAF, mitzuverantworten durch die Verbindung des Protests gegen die Isolationsfolter mit der Propaganda für den bewaffneten Kampf. Die berechnete Kritik an der Instrumentalisierung der Sympathisanten durch die RAF hat aber niemanden, der um die Isolationshaft wußte, legitimiert, gar nichts zu tun. Das Kölner Komitee gegen die Isolationshaft hat sich nie die RAF-Propaganda zu eigen gemacht. Um Christian Geisslers »es geht« zu variieren: Es ging auch immer anders.

Aus der Geschichte des Kampfes gegen die Isolationshaft und für die Zusammenlegung, wie ihn die Gefangenen aus der RAF geführt haben, ist es verständlich, daß die Gefangenen jetzt, wo sie diese Öffentlichkeit haben, nicht auch über die Haftbedingungen der 50.000 anderen Gefangenen sprechen und kein Wort über den Wunsch der 1.000 anderen Lebenslänglichen verlieren, die auch raus wollen, bevor sie 20 Jahre abgesessen haben. Aber dennoch unentschuldig.

Die Gefangenen sitzen nicht, weil sie vor 17 Jahren laut über die »Stabilität des Systems« nachgedacht, sondern weil sie die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm besetzt haben, um 26 Gefangene zu befreien. Wieso ist das kein Thema gewesen? Ist das privat? Gehört das in die off-records-Diskussion linksradikaler Hinterzimmer, weil die Bundesanwaltschaft auch KONKRET liest,

Gefangene, die einen Knast hinter sich haben wie die Celler, brauchten viele Jahre ihre ganze Kraft, um zu überleben – von einer Stunde zur anderen, von einem Tag auf den anderen. Daß man mit diesen Gefangenen als linke Zeitschrift ein dermaßen abgehobenes weltrevolutionäres Kolloquium veranstaltet, wie es in KONKRET zu lesen war, ist eine Auskunft über die politischen Biographien von Thomas Ebermann und Hermann L. Gremliza.

Thomas Ebermann verweist an einer Stelle auf die Entrechtung der Flüchtlinge und das Fehlen jeder wirksamen Opposition dagegen. Was das wirklich heißt, erschließt sich nicht durch Zeitungslektüre, durch Besu-



»Wo der Reformismus lauert« – Protestdemonstration des Brandenburger Mieterbundes in Bonn, 12. März 1992

wenn sich Gefangene aus der RAF darin äußern?

Wenn ich die Illegalen der RAF richtig verstanden habe, haben sie das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt, weil sie ihre Sache, die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Emanzipation der Menschheit, nicht verraten wollen: Sie mußten einsehen, daß die Hinrichtungsaktionen von den eigenen Zielen wegführen. Sie haben das nicht erklärt, damit die Gefangenen freikommen, sondern sie haben das zu einem Zeitpunkt erklärt, in dem die Freilassung der Gefangenen ansteht, um diesen Prozeß der Freilassung aller Gefangenen damit zu unterstützen. Teile der Revolutionären Zellen haben ebenfalls die Einstellung ihres bewaffneten Kampfes mitgeteilt, ohne daß es von ihnen Gefangene in den Gefängnissen der Bundesrepublik gibt. Der RAF darf man also auch zutrauen, daß sie in diesem Frühjahr das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt hätte, wenn alle Gefangenen schon 1991 entlassen worden wären. Sie hat sich wesentlich über den Antimperialismus der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt definiert. Da es diese Befreiungsbewegungen und das sozialistische Lager nicht mehr gibt – von Ausnahmen abgesehen – war ihrem strategischen Konzept die Grundlage verlorengegangen.

Da in dieser RAF-Erklärung gesagt wird, daß sie erst der Anfang einer notwendigen Diskussion sei, wäre es wichtig gewesen, mit den drei Gefangenen aus Celle nicht nur

über Stockholm zu diskutieren, nicht nur über die jetzt bekanntgewordene Verbindung RAF-Stasi, sondern über die ganze Geschichte, jedenfalls in Ansätzen. Z.B. darüber: Im Herbst 1977, nach der Kontaktsperre, als wieder Besuche stattfinden konnten, stellte sich heraus, daß alle Gefangenen völlig entsetzt über die Entführung der »Landshut« waren, einer Lufthansa-Maschine, die mit Mallorca-Urlaubern in die Bundesrepublik zurückwollte.

Da in den Jahren 72–77 das Hauptthema der RAF die Isolationshaft war, also der Kampf gegen unmenschliche Haftbedingungen, warum waren dann nicht auch die Haftbedingungen des ersten Gefangenen der RAF, des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, ein Thema? Wie kann eine revolutionäre Gruppe, deren Hauptthemen Haftbedingungen und Gefangenenbefreiung geworden waren, einen Gefangenen töten? Mir wurde schon gesagt, daß man nicht den Eindruck erwecken wollte, »die Kleinen erschießt man« (nämlich Schleyer-Fahrer und die Polizeibeamten) und »die Großen läßt man laufen«. Eine völlig ungültige Ausrede – schließlich hätte man Schleyer ja doch laufen lassen, wenn die Regierung auf die Forderungen eingegangen wäre. Immerhin gab es vor einigen Jahren im »Arbeiterkampf« in einem kleinen Beitrag von Stefan Wiesniewski eine erste vorsichtige Kritik an dem Massaker an Schleiers Begleitern.

Wie war es möglich, daß im Früh-

jahr 1972 fast die gesamte erste RAF-Generation verhaftet werden konnte? Weil die Sympathisanten der RAF, weil die Linke in der Bundesrepublik die Bombenoffensive nicht mittragen konnte – das bißchen illegale Infrastruktur brach unter dem öffentlichen Druck zusammen. Die Gesellschaft, einschließlich der Linken, sagte zu ihren Befreier »nein, danke, so nicht«. Trotzdem wird heute noch so getan, als sei diese Zeit – mit Ausnahme der Bomben gegen das Springer-Verlagshaus in Hamburg – gegen jede Kritik gefeit. Wenn die Art der Kriegsführung nicht zum Erhalt der eigenen Kräfte und ihrer Erweiterung beiträgt, sondern im Gegenteil zur Zerschlagung der ganzen Organisation führt, muß etwas falsch gelaufen sein.

Es kommt viel schlimmer: Noch heute wird so getan, als sei der Bombenanschlag gegen das US-Headquarter in Heidelberg mit Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu rechtfertigen. Dabei sind drei amerikanische Soldaten umgekommen, drei Menschen, die zufälligerweise auf dem Parkplatz waren, als die Bomben hochgingen. Und wir kamen aus einer Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, die in vielen Städten Kontakte zu Widerstandsgruppen in der US-Armee hatte. Wir wußten, daß viele Soldaten gegen diesen Krieg waren.

Ich empfehle allen, nochmal die damaligen Kommando-Erklärungen nachzulesen: Es findet sich darin kein Wort von einer Computeranlage in diesem Hauptquartier

Weil's die...

und kein Wort von der Steuerung der Bombenangriffe gegen Nordvietnam von Heidelberg aus. Hätten wir das damals gewußt, wäre das in den Kommandoerklärungen nachzulesen. Hätten wir das gewußt, wäre es die Pflicht des Kommandos gewesen, die Aktion so zu organisieren, daß es dabei nicht zu Toten kommt.

Wer vom Widerstandsrecht oder Notwehrrecht Gebrauch macht und einen Menschen tötet, muß nachweisen, daß damit mehr Leid gelindert als geschaffen wird. Weil die Aktionen der RAF nicht in einem »transparenten Zusammenhang zu der Herbeiführung menschenwürdiger Zustände« (Adorno) standen, ist die RAF im Frühjahr 1972 gescheitert – als sie anfang, politisch-militärisch zu handeln.

Die RAF hat über 30 Menschen getötet – ich kann für keinen dieser Toten eine Rechtfertigung finden. Deshalb kann ich auch dem Zitat nichts abgewinnen, das Hermann L. Gremliza seiner Kolumne in KONKRET 6/92 glaubt voranstellen zu müssen: »Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf« (Wolfgang Pohrt, 1986). Der Erfolg rechtfertigt nicht alle Mittel und Taten.

Was ich schlimm fand an dem, was die Gefangenen sagten, waren solche Sätze wie: »Du hast das Gefühl, du bist da durchgekommen«, und: »Obwohl schon an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputt kriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt«, und: »Dennoch haben wir unheimlich wichtige Erfahrungen gemacht. Und wir haben uns gehalten. Das war nicht einfach, aber es geht.«

Es gab zehn tote Gefangene. Noch mehr RAF-Mitglieder sind draußen auf der Straße erschossen worden. Für welche »unheimlich wichtige Erfahrung«?

Zum Schluß noch ein Wort zu dieser Euphorie, »durchgekommen« zu sein: Wir haben die »eiserne Faust des Staates« immer nur versteckt in Handschuhen zu spüren bekommen. Das war bitter genug. Aber diese oft bis über die Grenzen der eigenen Möglichkeiten gegangenen Erfahrungen sollten nicht vergessen lassen, was die Menschen aus den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, oder ganz nahe in der Türkei, kennengelernt haben und heute noch erfahren. Der Anti-Guerilla-Krieg wurde in der Bundesrepublik im Vergleich dazu sehr gemäßigt geführt, weil es stimmt: Zwar ist die Bundesrepublik Nachfolgestaat des 3. Reiches, mit all den bekannten personellen Kontinuitäten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, aber sie ist auch das freieste Land, das es je »auf deutschem Boden« gab. Die Nähe der faschistischen Vergangenheit und die Sensibilität der internationalen Öffentlichkeit, auch die Nachbarschaft der DDR, schufen Rahmenbedingungen, in denen, was die Gegner in dieser Auseinandersetzung an Erfahrungen im Anti-Guerilla-Krieg akkumuliert hatten, kaum zur Anwendung kam. Eine west-

deutsche Guerilla mit ein paar Dutzend Mitgliedern und ein paar Dutzend Sympathisanten kann gegen die uns bekannten Vernehmung-Folter-Methoden, kann gegen das spurlose Verschwindenlassen von Angehörigen und Freunden keine drei Tage bestehen. Angesichts unserer vielen Toten, angesichts unserer vielen Knast- und Isolationshaftjahre – gegenüber den Befreiungsbewegungen der 3. Welt waren wir und unsere Sympathisanten, auch im Kampf mit all unserer Bereitschaft, für unsere Ziele das eigene Leben zu opfern, privilegierte weiße Deutsche.

Klaus Jünsche, ehemaliges Mitglied der RAF, 1972 wegen gemeinschaftlichen Mordes verurteilt, wurde 1988 aus der Haft entlassen



Lutz Tauber

Brief an einen Gefangenen

Viele dänische Mütter haben kürzlich gegen die Verträge von Maastricht gestimmt, weil sie nicht wollen, daß ihre Söhne in den angekündigten Militäreinsätzen einer EG- oder KSZE-Armee umkommen. Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen dem bekundeten Versöhnungswillen des früheren Bundesjustizministers Kinkel und der erklärtermaßen härteren Außenpolitik des Genscher-Nachfolgers? Wie kann einer das Wort Versöhnung in den Mund nehmen und gleichzeitig die Weichen für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr stellen? Ich hatte schon im NDR-Interview angedeutet, daß Kinkel das Wort Versöhnung nicht als Bundesjustizminister, sondern als kommandierender Außenminister ins Spiel gebracht hat.

Als 1982 die Regierung Kohl an die Macht kam, waren die dramatischen weltpolitischen Veränderungen – Herauskippen eines immer größeren Teils der Menschheit aus elementarer Produktion und Reproduktion, Zusammenbruch der UdSSR und der Warschauer Pakt-Staaten, Verschärfung der 2/3-Gesellschaft, nicht zuletzt Anschluß der DDR – noch nicht in Sicht. »In Wirklichkeit war ja niemand auf der Welt – vor allem auch die Deutschen nicht – politisch auf die-

sen Tag vorbereitet«, so Weizsäcker. Der damalige BRD-Staat und seine Gesellschaft sollten fit gemacht werden für den Kampf um die Hegemonie innerhalb der EG und die sich verschärfende Konkurrenz auf den Weltmärkten. In dieser Zielsetzung hat sich in der alten Bundesrepublik ein primitiver, am jeweils unmittelbaren Vorteil orientierter Egoismus breitgemacht. Das ist sicher die angemessene Kulturstufe, um sich in Europa an die Spitze zu kämpfen. Und sicher ist dazu die Fähigkeit und die Skrupellosigkeit, hinzulangen und zu nehmen, ausreichend. Jetzt aber hat sich die internationale wie nationale Situation vollkommen geändert. Der von der Regierung Kohl und den Neoliberalen gezüchtete primitive Egoismus liegt bereits quer zur Übernahme der DDR. Plötzlich soll es in die andere Richtung gehen: Je knapper die Ressourcen werden, desto mehr »Solidarität« soll die Bevölkerung zeigen. Oft genug ist das nur eine Verdunklung von Lohnraub und Liquidation sozialer Infrastruktur. Der Widerstand dagegen wächst. Noch nie in den letzten Jahrzehnten war die Wut auf »die da oben« so groß wie heute.

Jetzt stell' dir vor, die Bundeswehr befindet sich demnächst irgendwo in Afrika, Asien, Nahost in einem größeren Kampfeinsatz – Größenordnung Golfkrieg. Transporter landen in München und Hamburg, voll mit den Särgen junger Männer aus Düsseldorf und Dresden, Eisenhüttenstadt und Sindelfingen. Was, denkst du, wird sich in den Herzen und Köpfen der Menschen hier abspielen? Weizsäcker beklagte einen »gewaltigen Bedarf in der Gesellschaft an Orientierung« und daß »die politische Aufgabe der Führung und Konzeption zu kurz kommt«. Es geht also um das, was gemeinhin unter dem Begriff der »inneren Einheit« oder der nationalen Frage gefaßt wird, also der innergesellschaftlichen Zustände, die heute, da die Großmacht Deutschland politisch-militärisch weltweit aktiv sein will, von internationaler Relevanz ist.

Wie du weißt, sind solche kriegerischen Ereignisse, die den einzelnen Menschen und die Gesellschaft im Innersten erschüttern, häufiger Ursache von entsprechend radikalen Reaktionen der Bevölkerung geworden – das gilt etwa für die Pariser Kommune, die im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 entstand und die Oktoberrevolution, die es ohne den Ersten Weltkrieg wahrscheinlich ebensowenig gegeben hätte wie die Novemberrevolution 1918 in unserem Land. Der zweite Weltkrieg hat über Titos Partisanenkrieg in seinem Land zu gesellschaftlichen Resultaten geführt, die so hoffnungsvoll waren – und die nun – nachdem die Erschütterungen aus diesen Kämpfen dort ebensowenig aufgearbeitet worden waren wie, andersherum, in Deutschland, wieder in Schutt und Asche versinken.

Hitler, der nach Ursachen der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg suchte, kam dabei zu seiner Dolchstoßlegende. Er vertrat die Auffassung, daß diese Weltkriegsniederlage vor allem zwei Ursachen habe: a) daß das Regime des Kaiserreichs die politische Arbeiterbewegung nicht zerschlagen habe und b) daß das Regime die arbeitende



»Kein Wort von einer Computeranlage in diesem Hauptquartier« – Anschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg, 24. Mai 1972

Bevölkerung nicht hinter sich gebracht habe – etwa durch gewisse sozialfürsorgerische Maßnahmen und die Erziehung der Massen –, es somit den »Novembervernichtern«, wie er die Revolutionäre des November 1918 nannte, ermöglicht habe, vor allem die Arbeiter zu sich herüberzuziehen. Hitler zog daraus die Konsequenz, daß die gesellschaftliche Grundlage für den Kampf um die Welt hegemonie des deutschen Imperialismus die Formierung einer »Volksgemeinschaft« sein müsse, mit a) einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerungsmassen und b) einem System flächendeckenden Terrors, um vor allem die inneren Klassegegensätze zwangsweise zu versöhnen.

Die Erfindung des Massentourismus für deutsche Arbeiter und ihre Familien und die Erfindung der Konzentrationslager waren nur die zwei Seiten derselben Medaille. Wer sich dem System der Betreuung und Graufikation, der Entmündigung und der Entwürdigung nicht anpaßte, den traf der Terror.

Nun ist Kinkel sicher nicht Hitler und der deutsche Imperialismus nicht der Faschismus, und es muß noch nicht mal ein Krieg von der Dimension des Golfkriegs sein, bei dem die Bundeswehr zum Einsatz käme – aber die Mentalität jener Gesellschaft, die für den BRD-Staat, für die Eroberung wirtschaftlicher Führungspositionen in der Welt taugte, taugt nicht für imperialistische Großmachtpolitik, für die Eroberung politisch-militärischer Führungspositionen. Seit Clausewitz weiß man, daß die Fähigkeit, einen Krieg zu führen (oder glaubwürdig damit drohen zu können, um bestimmte Interessen durchzusetzen), an erster Stelle davon abhängt, ob man die eigene Bevölkerung hinter sich hat oder nicht.

Den Politikern in diesem Land ist dieser Zusammenhang sicher bewußt. Im Gegensatz zu manchen moralbrünstig daherkommenden »Revolutionären«, die die RAF als reformistisch denunzieren wollen, weil sie sagt: Wir müssen unser Getto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück, sehen andere Menschen die Situation deutlicher, weil

unbefangener. Den Zusammenhang, den du ansprichst, zwischen dem Im-Kreis-Reden von Linken, das sie daran hindert, zu den Leuten zu gelangen, und dem Antrieb, den das, wie du sagst, wiederum der Gewalt von seiten der Rechten gibt, hat Huidobro letztes Jahr hier ganz ähnlich gesehen. Er meinte, die deutsche Linke versage ein drittes Mal in der Geschichte, sie überlasse die nationale Frage wieder den Rechten. Als ich das, was er mir da gesagt hatte, draußen zur Diskussion stellte, reagierten die meisten mit scholastischen Belehrungen in Sachen 'nationale Frage'.

Nun ist ein solcher Begriff für uns deutsche Linke etwas völlig anderes als für einen Genossen aus einem Land wie Uruguay. Etwas sehr Sperriges, ja Furchterregendes. Zu Recht. Aber man könnte sich ja mal die Frage stellen, was will dieser sicherlich ernstzunehmende Genosse sagen? Hat er vielleicht etwas Wesentliches – befangen in seiner Erfahrungswelt – mit einem für die hiesigen Zustände unwesentlichen Begriff umschrieben? Kinkel und Weizsäcker schließlich nehmen sich des Themas an.

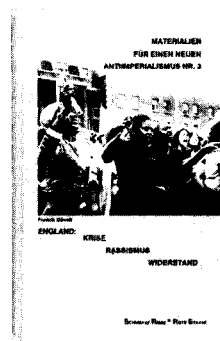
Ich denke, diese Kinkel-Initiative hat etwas zu tun mit dem Umbau der alten BRD-Gesellschaft in eine andere, in die der kommen-sollenden, der Großmacht Deutschland. In eine Gesellschaft, die die tatsächlich oder vorgeblich gemeinsamen Probleme, Aufgaben und Konflikte annimmt und durcharbeitet, statt sich ihnen aus Risikoscheu, aus Egoismus oder Partikularismus, aus klassen- und gruppenspezifischen Interessengegensätzen zu verweigern: Die Angriffe von Kapital und Staat auf Lebensstandard und/oder garantierte Existenz führen zu ansteigenden ökonomisch-sozialen, zu Klassenkonflikten; gegen die Übernahme der DDR im Kolonialstil, gegen Entmündigung und Entwürdigung, wächst militanter Widerstand; Gesellschaftlichkeit, nach 25 Jahren Repression und Enteignung gesellschaftlicher Innovationskraft von unten nur noch als Veranstaltung von oben erscheinend, ist gebrochen im Bild einer als korrupt und unfähig identifizierten Kaste von Politikern und

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4



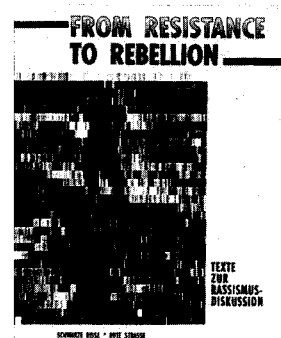
- *Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells
- *Dorfbewölkerung gegen sozialistische Rationalisierung
- *Bolschewistische Revolution und sozialer Antagonismus

200 S. 20 DM August 92 ISBN 3-924737-15-0



In keinem anderen Land Europas wurde das Projekt der Deregulation in dieser Konsequenz umgesetzt, und nirgendwo ist die Zuspitzung sozialer Kämpfe weiter vorangeschritten als in Britain.

200 Seiten 18 DM ISBN 3-924737-14-2



Die Texte geben ein Bild der Debatten um einen radikalen Antirassismusbegriff, einen feministischen Anti-Rassismus und beziehen sich auf eine militante Praxis.

170 Seiten 18 DM ISBN 3-924737-16-9

Bestellungen an:

Schwarze Risse Verlag
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel/Fax: 030/692 87 79

Brief an...

Bürokraten; schließlich bewirkt die von 1982 herkommende »geistig-moralische Wende« des Neoliberalismus eine Fixierung auf den Augenblicksvorteil und somit einen Riegel-effekt gegenüber Gesellschaftlichkeit, »Gemeinschaftsgeist«, Perspektive schlechthin.

Von ausgrenzender Art ist der sich ausbreitende Rassismus – anders als der Rassismus im Hitler-Faschismus, der, jedenfalls im fortgeschrittenen Stadium, in der Ideologie vom Herrenmenschentum expansiver Natur war und so Vehikel für die Weltoberungskriege des deutschen Kapitalismus sein konnte. »Das Boot ist voll« – das kann sicher ins Expansive umschlagen, aber noch scheint sich solche Ausgrenzungs- und Abschottungsmentalität eher gegen das Projekt Gesamt Europa zu richten.

All das trägt offenkundig Züge von Isolationismus und Partikularismus, von Rückzug und Verweigerung. Die Politik einer primitiv-egoistischen Zersplitterung der Gesellschaft mochte aus der Sicht der Optimierung der Kapitalverwertung, der Zerschlagung der Linken, der ohne die positive Einstellung sozialer Bereiche zu Solidarität und gemeinsamem Handeln der Boden unter den Füßen entzogen scheint, mochte aus der Sicht des Rollbacks gegen Gewerkschaften und Interessenvertretungen der arbeitenden Menschen funktional sein – aber für ein imperialistisches politisch-militärisches Operieren in der Welt im Namen »gemeinsamer« (nationaler, europäischer, westlicher) Interessen und zur Mobilisierung der dafür unerlässlichen Opferbereitschaft in der Bevölkerung für die »höheren« Ziele – dazu taugt diese Mentalität nicht.

Die Frage ist also nicht »wir gegen sie« – die Frage ist gesellschaftlicher Natur (was für Linke eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte!). Und zugleich wird deutlich, welche internationalistische Relevanz die innergesellschaftlichen Zustände in Deutschland haben.

Wir können auf diese Situation (von der ich nur einige Aspekte erwähnt habe) auf zwei Arten reagieren: Wir verneinen die Kinkel-Initiative. Wir lassen uns nicht benutzen für eine Rekonstruktion imperialistischer Gesellschaftsmentalität. Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus international wie innerstaatlich eskaliert, ist es Wahnsinn, auf unserer Seite von De-Eskalation zu reden. Bewaffnet zu kämpfen ist angesichts einer solchen verschärften Lage eine »verdammte moralische Pflicht«. In einer Situation, wo die Militanten auf der Straße von den Bullen immer härter angegriffen werden (siehe WWG; Mannheim), dürfen wir Militanz und Gewalt nicht in Frage stellen, müssen wir Gegengewalt organisieren.

Das ist der Diskurs des Gettos, wie er derzeit mehr oder weniger geführt wird, der im Rahmen einer bis an die Grenzen des Gettos reichenden Verantwortung richtige Fragen stellt und richtige Antworten gibt – der sich meinem Eindruck nach aber vor allem dadurch charakterisiert, daß er von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen kaum No-

tiz nimmt. Wie viele Deutsche meinen, sich vor einer Welt dramatisch sich zuspitzender Konflikte in eine Wagenburg flüchten zu können, so wollen diese Linken sich vor der Gesellschaft in Deutschland in ihr Getto zurückziehen. Wird dieser Weg eingeschlagen, werden wir in ein paar Jahren in der gleichen Situation landen, in der sich seit längerem die US-amerikanische Linke befindet. Und wie da wieder rauszukommen ist, weiß ich nicht.

Andere meinen, es gehe um ein programmatisches Umsatteln von antiimperialistisch auf sozialrevolutionär. Aber durch das Aufzählen der Krisen- und Zerfallserscheinungen und die beigefügten Appelle »Wir müssen« kommen wir aus dem Getto nicht heraus. Nein, eine Wiederholung der Randgruppenstrategie der 70er Jahre, das kann es nun wirklich nicht sein. Bei einer solch oberflächlichen Idee von Neuaufbruch wird uns das Alte schnell wieder eingeholt haben.

Als ich vor Jahren die Machbarkeit des bewaffneten Kampfes, der zudem im gesellschaftlich luftleeren Raum agierte, in Frage stellte, kritisierte mich ein Genosse: »Die Hauptsache ist doch, daß du die Politik richtig findest.« Die Haltung des Genossen war nicht nur typisch für diese Mentalität, sie war in gewisser Weise tonangebend. In der ersten Hälfte der 70er Jahre sagte die RAF: »Jeder ist die Gruppe.« Ich glaube, es war Ulrike. Wir wollten keine Anhänger. Wir hatten es erlebt, wie die Befreiungsbewegungen gerade in den Metropolen Anhänger in Scharen auf sich zogen, wir hatten erlebt, wie sich diese Schwätzer und Wichtiguer im Licht der Befreiungskämpfe anderer Menschen und Völker sonnten, ja ihnen sogar Strategieunterricht erteilen wollten. Leila Khaled hat diese spezifische Verdinglichung in ihrer Autobiografie beschrieben, Amílcar Cabral in seinen Anmerkungen über die zwei Formen der Solidarität davon gesprochen. Es war ernüchternd, es hatte etwas Gemeines, zu sehen, wie diese »Revolutionäre« in ihren Kneipen und Wohngemeinschaften am Kampf dieser oder jener Befreiungsbewegung »teilnahmen«, ihn ausbeuteten als Gelegenheit, der Eigeninitiative zu entgehen.

Wenn die RAF in ihrer ersten Phase sagte: »Jeder ist die Gruppe«, hieß das: Jede und jeder soll sich dahin bringen, es zu können. Dem »revolutionären« Schmarotzertum war das diametral entgegengesetzt. Und es war im übrigen der Geist des Aufbruchs, der Revolte gegen die falschen Autoritäten und autoritär verstopften Zustände: Jede und jeder kann es selbst und viel besser. Wenn die Gefangenen der frühen 70er Jahre in ihren übers Info geführten Diskussionen immer und immer wieder über ihre subjektiven Erlebnisse und Erfahrungen sprachen, sich intensiv bemühten, sie zu begreifen, um sich weiterzubringen, war dies Teil dieses Emanzipationsprozesses. Eigeninitiative, selbständiges Denken und Handeln – und die Organisation, nicht bewaffneter Aktion, sondern bewaffneter Politik, sollten eine Identität bilden. Der Avantgarde-Anspruch der RAF in ihrer ersten Phase kam nicht zuletzt von diesem radikalen Versuch, die metropolen-spezifische Verdinglichung linker Politik zu überwinden.

Im Lauf der Jahre hat eine Entkopplung der beiden Prinzipien Eigeninitiative/revolutionärer Kampf stattgefunden. Irgendwann war es von wachsender Bedeutung, daß Leute draußen »die Politik« oder den bewaffneten Kampf »richtig finden«. Wir hatten jetzt Anhänger. Was in der ersten Hälfte der 70er Jahre als »Apologetentum« bekämpft wurde, war jetzt mindestens willkommen. Apologeten nannten wir Leute, die reichlich militant auftreten, wo es um die Propagierung und Verteidigung der »Positionen« ihrer Vorbilder geht, sich aber ausgesprochen reformistisch zurückhalten, wo es um den Mut zur Eigeninitiative, um die Entwicklung selbständigen Denkens und Handelns geht. Hier tendiert die sonstige Radikalität gegen Null. Das erste kann auch eine Versuchung für die Vorbilder sein, wobei dann das zweite, im Tauschgeschäft, zur Nebensache wird. Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen. Jedenfalls: Wo eine solche reaktionäre Symbiose sich einmal etabliert, haben es die, aus denen selbständig handelnde und denkende Menschen werden könnten, und die bis dahin häufig durch eigene Vorstellungen und kritischen Verstand unangenehm aufgefallen sind, haben es also die, die die Gruppe sein könnten, schwer. Und die, die den Autoritäten nachplappern, ein leichtes Spiel. Zumal sie, wenn nicht aufgepaßt wird, die Tendenz haben, sich sehr viel schneller zu vermehren als die anderen. Sie ahnen, was sie aneinander haben.

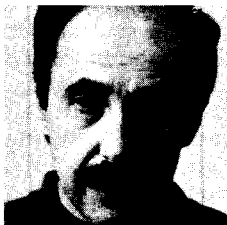
Eine revolutionäre Initiative, die den Zusammenhang zwischen notwendiger Befreiung von Passivität und Konsumhaltung (einem Produkt kapitalistischer Sozialisation und Verkrüppelung) und der Entwicklungsmöglichkeit des Kampfes nicht weiß oder keinen Zugang dazu findet, ist gescheitert, bevor sie überhaupt angefangen hat. Es ist das Verdienst der RAF, daß sie in ihrer Erklärung vom 10. April 92 diese Frage der Subjektivität, der Identität wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Tragikomischerweise halten jene, denen die richtige Situationsanalyse plus richtige Forderungen genug ist, die das Wort 'Fehler' nur mit spitzen Fingern anfassen, den Text für politisch schwach, ja für Szeneniveau. Es fehlen ihnen die »Positionen«, denen sie erhebliche Orientierungswirkung zuschreiben. Apologetentum und Verdinglichung von Politik waren ein Grund, weshalb die ursprüngliche Intention, die die RAF mit bewaffneter Politik verband: mobilisierender Faktor zu sein – »der kleine Motor, der den großen antreibt« –, sich in sein Gegenteil verkehrte. Die RAF wurde zur Projektionsfläche, auf der die eigenen, im abstrakten Wollen steckengebliebenen Handlungsbedürfnisse doch noch »Realität« wurden. Jetzt, von diesem beschwichtigenden Mechanismus befreit, scheinen etliche sich auf den Weg zu machen, auf dem die eigenen Talente und Fähigkeiten entdeckt werden.

Eine neue Perspektive kann keine avantgardistisch-programmatische Zeugung von außen und oben sein. Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der

Reformismus lauert. Was aber dort aus uns wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob wir uns des Besten aus unserer langen Geschichte vergewissern, ob wir ein ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln.

Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF, verurteilt zu zwei Mal lebenslänglich wegen Mord und Geiselnahme, ist seit April 1975 in Haft



Georg Fülberth

Auf Messers Rücken

Weder in der Erklärung der Roten Armee Fraktion vom 10. April 1992 noch in den Interviews von Gefangenen in Lübeck und Celle wird eine Niederlage eingeräumt. Insbesondere die Verurteilten verweisen darauf, daß sie einen Teilerfolg erzielt hätten, denn es sei der Staatsgewalt nicht gelungen, sie zu brechen, das heißt: zum Verrat an Genossinnen und Genossen sowie zur Absage an ihre Ziele und die zu deren Erreichung verwandten Mittel zu veranlassen.

Diese zutreffende moralische Selbstschätzung kann eine politische Bilanz, welche die vor über zwanzig Jahren proklamierten Ziele mit dem heutigen Resultat vergleicht, nicht ersetzen. Damals war die Rote Armee Fraktion ja nicht mit dem ausschließlichen oder auch nur vorrangigen Anspruch angetreten, die sittliche Integrität ihrer Mitglieder unter Beweis zu stellen, sondern es ging ihr darum, als bewaffnete Guerilla in den Metropolen daran mitzuwirken, daß der Kapitalismus überwunden wird und in diesem Zusammenhang alle Verhältnisse umgestürzt werden, in denen der Mensch ein verächtliches und unterdrücktes Wesen ist. Dies nicht erreicht zu haben, ja diesem Ziel nicht einmal nähergekommen zu sein: das macht die Niederlage aus.

In einem solchen Desaster liegt es nahe, daß man sich ein bißchen in die Tasche lügt. Halb verdeckt wird in den Erklärungen der RAF und der Gefangenen der Gedanke nahegelegt, der Kampf sei insofern nicht völlig vergebens gewesen, als die Gesellschaft der BRD heute eben doch nicht mehr dieselbe sei wie vor zwanzig Jahren: Anzeichen einer durch unbeirrbar Widerstand verursachten Bändigung der Staatsgewalt, der möglichen Akzeptanz oppositioneller »Räume« könn-

ten ausgemacht werden.

Soweit an dieser Beobachtung etwas dran ist, betrifft sie eine Entwicklung, die erheblich älter ist als die RAF und auf welche die achtundsechziger Marschierer durch die Institutionen ebenfalls ein Urheberrecht geltend machen, wofür sie noch nicht einmal mit Knast bestraft, sondern mit Gehältern und Mandaten belohnt wurden. Durch das Testat, ihr Feind habe sich ein bißchen zivilisiert, hätten sich die Gefangenen, blieben sie dabei, im nachhinein selbst unrecht gegeben, denn mit der Annahme, gerade dies sei unmöglich oder diene allenfalls einer Effizienzsteigerung von Herrschaft, begründeten sie früher die Wahl ihrer Mittel.

Unbeugsam bleiben sie allerdings gegenüber allen Versuchen, von ihnen ein prinzipielles Abschwören im Verhältnis zum »bewaffneten« Kampf zu erlangen. Tatsächlich würde ein solches Zugeständnis in der veröffentlichten Meinung ihrer Feinde triumphierend als totale Kapitulation vorgezeigt werden. Daß dies so ist, zeigt jedoch zugleich einen Schwachpunkt in der politischen Position der RAF: Die bewaffnete Aktion ist identisch mit ihrem Profil, anderes ist weit weniger klar ausgearbeitet, grundsätzlicher Widerruf dieses Mittels – und wäre er auch nur auf die gegenwärtige und absehbare Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung beschränkt – müßte der Roten Armee Fraktion zugleich jenes Merkmal ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen nehmen, das sie mehr als andere Gruppen – aber auch mehr als andere ihrer eigenen Spezifika – ausgebildet hat. Gerade nach ihren letzten Äußerungen ist dies unverkennbar. Fällt der »bewaffnete Kampf« weg, bleibt noch die Situation der Verfolgung durch die Staatsgewalt, sonst aber nicht mehr viel. Damit ist er aber zu einer Art Fetisch geworden. Längst wäre es dagegen schon angebracht gewesen, über die Guerilla-Aktion in einer lakonischen Analogie zu der Clausewitz-These zu sprechen, daß der Krieg eben die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, woraus sich ergibt, daß er nicht zu beliebiger Zeit und an beliebigem Ort geführt werden kann. Ebenso steht es mit der bewaffneten Aktion im Innern. Gibt es keine Politik, welche durch sie fortgeführt wird, ist die Guerilla lediglich Gestikulation.

Außerdem gilt, daß es lange Phasen der ausschließlich nichtkriegerischen Auseinandersetzung geben kann, in denen die Verwendung weitergehender Mittel lediglich eine geschichtsphilosophische Frage ist. Jenes »Militärisch-Revolutionäre Komitee« des Petrograder Sowjets, das im Herbst 1917 den Sturm auf das Winterpalais vorbereitete, war erst zwei Wochen vor dem Aufstand gegründet worden, und dies reichte völlig aus. Ein Umsturzversuch, der mißlingt, ist nach dem Recht jener Verhältnisse, welche zu beseitigen ihm mißlang, ebenso Hochverrat, wie die Tötung von Menschen, zu der es dabei kommen mag, dann eben Mord oder Totschlag ist. Wer feststellt, daß bewaffne-

ter Kampf kein Mittel der Politik ist, hat für die Bundesrepublik 1992 ebenso recht, wie er 1917 für Rußland und vielleicht im Jahr 2020 anderswo wieder unrecht hat.

Mit Statements zu diesem Thema begründet oder beseitigt man gegenwärtig keine politische Identität. Stimmt eine politische Strategie in ihrer Gesamtheit nicht mehr, klammert man sich zuweilen an Einzelstücke: Was dem einen sein bewaffneter Kampf, ist dem anderen seine Arbeiterklasse, dem dritten das außerparlamentarische Wirken und dem vierten – ziemlich schrecklich – die »Utopie«. Wird uns dieser Wimpel ebenfalls noch aus der Hand gewunden, zeigt sich in der Regel, daß schon lange nicht mehr viel da war, was er hätte verdecken können. Aber auch die Beibehaltung des Identitäts-Symbols wendet nicht unsere Niederlage.

Doch: unsere. Denn die RAF hat ja nicht alleine verloren. Wer Anfang der siebziger Jahre der Ansicht war, das Erstarken des realen Sozialismus werde das internationale Kräfteverhältnis so verändern, daß auf diese Weise der Metropolen-Kapitalismus in die Defensive gedrängt werde, ist damit ebenso eingebrochen wie die Rote Armee Fraktion oder auch diejenigen, welche damals auf eine Strategie der »systemüberwindenden Reformen« setzten. Die individuellen Konsequenzen, die zu tragen sind, fielen sehr unterschiedlich aus, doch in allen diesen Fällen muß einem etwaigen Neuanfang die Feststellung der Niederlage und die Erkundigung nach ihren Ursachen vorangehen.

Dabei ist auch nach Irrtümern zu fragen. Die Auskunft, daß der Gegner zu stark war, reicht nicht, denn immerhin beruhte der Entschluß, sich mit ihm anzulegen, häufig auf einer Analyse, deren Ergebnis einen Erfolg nicht ausschloß. Also muß auch hier nach einem etwaigen Fehler gesucht werden. Im Gespräch von Celle wird er von Thomas Ebermann in nachgerade klassischer Weise nicht nur zitiert, sondern auch repetiert: »Ich weigere mich ja, zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche, einen Blick auf unsere Biographie und Ge-

Auf dem Weg »zurück in die Gesellschaft«?



Foto: varlo press

Auf Messers...

schichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen.« Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. Wahrscheinlich stand es nie »auf des Messers Schneide«. Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine – zugegeben: konvulsivische – Umgruppierung, und zwar in doppelter Weise:

Erstens: Nach dem Ende der industriellen Revolution erzwangen die Arbeiterbewegungen der am höchsten entwickelten Länder einen Umbau des Kapitalismus – Verteuerung der Arbeitskraft durch Erhöhung der Reallöhne, Senkung der Arbeitszeiten, Sozialgesetzgebung. Es handelte sich um einen Prozeß, der mehr als ein Jahrhundert dauerte.

Zweitens: Beginnend mit den vier Revolutionen – der mexikanischen 1910-1917, der türkischen 1920, der chinesischen 1911-1949 und der russischen 1917 –, dann, ab 1945, fortgesetzt im Trikont, wurde die Dominanz der kapitalistischen Zentren über ihre Hinterhöfe herausgefordert. In dem Maße, in dem diese Auseinandersetzung in den Ost-West-Konflikt einbezogen wurde (durch die Doppelstellung der UdSSR: einerseits eine Großmacht, andererseits ein Land der Halb-Peripherie), gewann sie eine zusätzliche Dynamik und schien systemgefährdend für den Imperialismus.

Beide Entwicklungen schienen sich am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre zu einer einzigen zu bündeln. Als dritter Faktor muß der traditionelle Konflikt von Großmächten mitgerechnet werden – eine von ihnen, die »zweite Supermacht«, trat mit sozialistischem Anspruch auf.

Diese dreifache Konstellation mochte vor zwanzig Jahren den Eindruck erwecken, als handele es sich um einen Showdown mit offenem Ausgang. Auf Messers Schneide aber – dies wissen wir erst im nachhinein – stand dabei nichts. Was wie finale Schwäche des Kapitalismus aussah, waren lediglich die Schwierigkeiten seiner Neuorganisation. Dies gilt für die Weltwirtschaftskrise 1929 ff., die in einigen Ländern – teilweise nach weiteren Umwegen: Faschismus und Krieg – in den »Fordismus« führte (bzw. ihn da, wo er sich bereits angebahnt hatte, in den USA, vertiefte), ebenso wie für den Übergang zu einem neuen Akkumulationstypus in den siebziger Jahren.

Das ist der objektive Prozeß. Zur subjektiven Seite gehörte das Händeringen der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«, die vor zwei Jahrzehnten immer wieder mal die Welt untergehen sah, ebenso wie die optische Täuschung derer, welche ihr von links her beipflichteten. Immerhin war auch eine dritte Position möglich: die Einsicht, daß der Sozialismus und die nach wie vor in Unterentwicklung gehaltenen Länder sich in einer verzweiferten Defensiv-Position befanden und daß es Pflicht der »Revolutionäre« im Westen nicht sein konnte, die Revolution zu machen (dieses Stück wurde nicht

gespielt), aber sich nach ihren Möglichkeiten – es waren dies die Mittel der internationalen Solidarität – an die Seite der Feinde ihrer eigenen Feinde zu stellen: aus Gründen der prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. Auch wer sich so verhielt, hat jetzt verloren.

Diese Parteinahme war kein Irrtum. Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert. Marx wußte, daß die Pariser Aufständischen im Juni 1848 und dann 1871 die Kommunarden auf verlorenem Posten standen. Er hat sich nicht von ihnen distanziert – warum hätte er es tun sollen? –, selbst wenn er (1871) ihre Fehler öffentlich analysierte. Auch ihm unterlief immer wieder eine Verkürzung der revolutionären Perspektive – die irrtümliche Formulierung von »des Messers Schneide« war ihm nur post festum fremd, in seinen aktuellen Statements aber lag er immer wieder einmal gründlich daneben. Derlei wird auch in Zukunft vorkommen, so lange es Linke gibt und der Kapitalismus noch nicht am Ende ist.

Mehr als einmal pro Generation aber muß man nicht den gleichen Fehler machen. Es müßte sich zum Beispiel vermeiden lassen, in der ökologischen Krise und im Ruin der in Unterentwicklung gehaltenen Regionen neue Entscheidungssituationen, in denen der Kapitalismus selbst auf dem Spiel stehe, zu vermuten (oder gar fest zu behaupten). Diese beiden Probleme stellen ihn nicht in Frage. Der Nord-Süd-Konflikt hat in seiner bisherigen Form zugleich mit dem Ende der Ost-West-Auseinandersetzung aufgehört. Was davon übrigbleibt, ist hantierbar: durch fallweise Militäraktionen, Abschottung der Zentren gegen Flüchtlinge (oder deren quotenweise Aufnahme) und durch selektive Gratifikationen, um ökologische Fernwirkungen des Peripherie-Elends auf den Norden und Westen abzuwenden. Mit der Misere des Südens kann der Metropolen-Kapitalismus ebenso ungestört existieren wie mit Unterbeschäftigung und Marginalisierung in seinen reichsten Ländern.

Die dominante Strategie zur Eindämmung der ökologischen Krise läuft nicht auf eine Zurückdrängung des Kapitalverhältnisses hinaus, sondern auf seine Ausweitung: Aus bislang »freien Gütern«, die kostenlos vernutzt werden durften, wird konstantes Kapital. Umwelt-Belastung, vorher gratis, muß jetzt bezahlt werden, wobei solche Maßnahmen das strategische Ziel haben mögen, die völlige Substituierung oder Wiederverwendung begrenzter Ressourcen zu erzwingen. Dabei wird wieder einmal stark auf naturwissenschaftliche Kompetenz gesetzt. (In Europa waren im neunzehnten Jahrhundert die hitzigen Debatten über Malthus' Bevölkerungslehre mit Liebig's Agrikulturchemie erst einmal beendet – die Konsequenzen dieser Umwälzung für den Naturhaushalt erkannte man erst viel später.) Ob so ein ökologisches Gleichgewicht erreicht werden kann (und wie

dieses überhaupt zu definieren ist), mag fraglich sein. Wahrscheinlich kann die Lebensdauer der gegenwärtigen Produktionsweise dadurch verlängert werden: Sie wird dabei immanent ebenso umgestaltet werden wie die stoffliche Umwelt – eine neue Form der zeitweiligen Kompatibilität. Mit einer »Assoziation, in der die freie Entwicklung eines (einer) jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, ist das Kapitalverhältnis nicht vereinbar. Ob es imstande ist, einen reproduktiven Gesellschaftstypus zu organisieren, ist zumindest ungewiß. Beide Ebenen sind gegenwärtig dem Zugriff der Proto-Linken – also jener Individuen, die sich zu einer »Linken« zählen, die es als Ganze nicht mehr oder noch nicht gibt – entzogen.

Diese versuchen sich statt dessen, um sich nicht aufzugeben, in anderer Weise nützlich zu machen: von der Verkehrsberuhigungs-Initiative über die Regenwasser-Brauchanlage bis zum Ferieneinsatz bei der Dach-Reparatur in Nicaragua. Nichts ist dagegen zu sagen und viel dafür. Wir alle, Leute von der Proto-Linken, tun irgendwann irgendetwas davon, und wir unterscheiden uns damit praktisch nicht von dem Anglerverein, der sich um die Qualität des Flußwassers bemüht. Auch eine Parole ist schon gefunden: »Global denken, lokal handeln.« In ihr steckt die Lüge. Tatsächlich hat nämlich das eine mit dem anderen nichts zu tun. Wer lokal handelt, mag dabei seine globalen Gedanken im Kopf haben. In Wirklichkeit sind es völlig getrennte Bereiche. Das praktische Handeln dient entweder der Binnengestaltung von Metropolen-Verhältnissen oder hat lediglich symbolische Bedeutung (man muß es dennoch nicht unterlassen). Für das »globale Denken« gilt, daß die Gedanken frei sind, während es dort, wo es gegenwärtig allenfalls praktisch wird, eine technokratische Herrschaftsform annimmt. Zwei verschiedene Uhren messen hier zwei völlig verschiedene Zeiten, vielleicht laufen sogar ihre Zeiger in einander entgegengesetzte Richtungen.

Wenn die RAF von irgendwelche... »Räumen« spricht, die zu öffnen seien, dann handelt es sich offensichtlich um jene Nahbereiche, deren Gestaltung von Mal zu Mal wohl erkämpft werden muß, die aber prinzipiell ohnehin auch von der dominanten Politik als ungefährlich, ja sogar als förderlich zugestanden sind. Es gibt keinen Grund, weshalb Revolutionäre es sich verbieten sollten, da mitzumachen. Allenfalls sollten sie es sich verkneifen, diesen ihren Reflex, der nichts Neues ist, gleich wieder als eine Strategie zu verkünden. Es gibt Naheliegenderes: das Bemühen darum, daß ihre Gefangenen frei kommen, ist jetzt auf eine Ebene gestellt, welche die RAF in der Zeit ihrer Anschläge vermied. Ein Erfolg hier trüge seinen Sinn in sich selbst und benötigt kein falsches Etikett.

Georg Fülberth
schrieb in KONKRET
7/92 über das Ver-
schwinden der Kom-
munistischen Partei-
en der ehemaligen
Ostblockstaaten

